

Die kommenden Wahlen in Deutschland und Frankreich belasten Europas Zukunft

Im September wählt Deutschland. Im Frühjahr nächsten Jahres folgt dann die Präsidentschaftswahl in Frankreich. Damit bestimmen die beiden einflussreichsten Volkswirtschaften der EU nach einander über die Führung des jeweiligen Landes. Normalerweise haben Wahlen relativ wenig Bedeutung für den langfristigen Kurs einer Nation. Diesmal ist es auf besondere Art anders. Die beiden Abstimmungen werden alleine durch ihre Existenz nicht nur in der Entwicklung der beiden Länder Spuren hinterlassen, sondern auch Europa deutlich verändern. Unabhängig vom eigentlichen Ausgang wird das Ergebnis Europa nicht gut tun. Das hat zwei simple Gründe.

Europas Bürger, insbesondere die der großen Nation, haben immer noch eine emotionale Distanz zu den Institutionen der EU. Das Interesse an den Vorgängen in der Kommission und dem europäischen Parlament ist gering. Im Gegensatz dazu hat der Einfluss der EU auf die Entwicklung der Mitgliedsstaaten deutlich zugenommen. Diese Diskrepanz zwischen Wahrnehmung und tatsächlicher Rolle lässt sich zur Durchsetzung kurzfristiger politischer Interessen auf nationaler Ebene missbrauchen. Lasten können auf die EU zugunsten nationaler Vorteile verschoben werden. Aus Sicht der Bürger werden damit Kosten noch mehr zum persönlichen Vorteil vergemeinschaftet als dies ohnehin durch die national-staatliche Übernahme schon der Fall wäre. Gleichzeitig können Ideologien ausgelebt werden, ohne dass die Bürger direkt negative Konsequenzen spüren. Mit der Verlagerung auf die EU wird die Verantwortung für die negativen Auswirkungen augenscheinlich abgegeben.

In Frankreich und Italien gab es bisher bereits starke Bestrebungen zu dem oben beschriebenen Effekt. Das liegt vor allem daran, dass in den beiden Ländern eine hohe

Staatsquote als selbstverständlich angesehen wird. Zum anderen ist die emotionale Distanz zu den Institutionen der EU in der Bevölkerung besonders groß. Daher wird im Umfeld der Wahl in Frankreich der Druck auf die EU in Bezug auf nationale Förderungen groß sein. Es besteht die Gefahr, dass eine neu gewählte deutsche Bundesregierung Frankreich deutlich bereitwilliger gewähren lässt. Die negativen Konsequenzen holt Europa dann in einigen Jahrzehnten ein. In der Folge verstärkt sich die Lastenverteilung auf die EU.

Die Tendenz, das langfristige Wohlergehen populistischen Effekten zu unterwerfen, wird durch die fehlende eindeutige Dominanz einer Regierungskonstellation verstärkt. Die knappen Wahlergebnisse führen dazu, dass es sich keine Partei leisten kann, auf Stimmen zugunsten einer unpopulären, aber notwendigen Maßnahme zu verzichten. Somit treten Sachargumente in den Hintergrund. Vorrangig bleibt bis auf weiteres die öffentliche Darstellung.

Das eigentliche Problem in Europa entstand bereits mit einer falschen Erwartungshaltung bei der Einführung des Euro. Der politische Wille ließ kulturelle Unterschiede in Europa außer Acht. Das führt zu einer unterschiedlichen Interpretation der Frage nach der Preisstabilität und der Rolle der EU. Die meisten Südländer waren es bis dahin gewohnt, unangenehme politische Aufgaben über Staatsschulden und die Inflation zu lösen. Wobei es auch dort je nach Land Unterschiede in der Ausgestaltung gab. Seit der Einführung des Euros fehlt allen das Instrument der Inflation auf nationaler Ebene. Die Bevölkerung ist aber an eine hohe jährliche nominale Steigerung gewöhnt. Die Umverteilung von Staats- auf Privatvermögen geht nun ausschließlich über steigende Realschulden. Daher übernimmt nun die gesamte EU die inflationäre Tendenz.

Deutschland galt über Jahrzehnte innerhalb Europas zu den Ländern mit einem Fokus auf Stabilitätspolitik. In der tatsächlichen Umsetzung war dieses Image bereits seit der

Kanzlerschaft von Helmut Schmidt nicht mehr gerechtfertigt. Seither werden auch in Deutschland Sozialerstattungen und Subventionen über Schulden finanziert. Kurze Phasen mit einem Haushaltsüberschuss ändern an der grundsätzlichen Entwicklung nichts. Die deutsche Politik hat erkannt, wie einfach eine inflationsgetriebene Problemlösung auf Kosten der nächsten Generation ist.

Eine dringend notwendige Reformbereitschaft ist in den europäischen Institutionen kaum gegeben. Der Grund ist offensichtlich: Für eine Reform benötigt man Einigkeit zwischen den mittlerweile 27 Nationen. Für einen solchen Kraftakt wäre am Ende kein Dank der Wähler zu erwarten. Somit ist es einer Wiederwahl zuträglicher, sich mit anderen Themen zu profilieren. Es fehlt an einer charismatischen, weitsichtigen Führungspersönlichkeit, die sich wirklich als Europäer versteht. Hinzukommt die Wahl in Ungarn 2022. Bis dahin wird die ungarische Regierung ohnehin zu keinen Zugeständnissen bereit sein und sich prinzipiell gegen jede Reform sträuben. Und dennoch werden die Mitgliedsstaaten alles tun, um ein Zerbrechen der EU zu verhindern. Die Chance, dass die EU noch einen alternativen Königsweg aus der Gesamtlage findet, ist eher als gering einzustufen. Hierzu bräuchte es einen charismatischen, proeuropäischen Reformen an der Spitze eines der EU Länder.

Für die Volkswirtschaften in Europa bedeutet dies nachhaltig schwierige Rahmenbedingungen. Für Großbritannien beispielsweise kann hier eine große Chance als EU-naher Standort liegen, wenn die Regierung die Möglichkeiten klug nutzt. Für Deutschland, als ein Land mit traditionell wenig nationalen Egoismen, wird die Entwicklung Standortnachteile mit sich bringen.

Weiter Informationen unter:

wgzf
 wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft für Zukunftsforschung
 Postfach 71 01 21
 81451 München
 info@wgzf.de
 Fax +49-89-30 65 75 95